

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2868

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2868



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Von: Verein Solidaritätsnetz Zürich, Dienerstrasse 59, 8004 Zürich

Reto Nause
Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie
Generalsekretariat
Predigergasse 12
Postfach
3001 Bern

Offener Brief: Kritik des gewalttätigen Einsatzes der Polizei am 22.9.2020

Zürich, 6. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Nause

Am 22. September haben geflüchtete Migrant*innen mit negativen Asylentscheid in Bern gegen ihre Isolation durch das schweizerische Asylsystem demonstriert. Mehrere hundert – darunter auch zahlreiche Kinder und Menschen mit Behinderung – sind aus Bern, Zürich, Basel, Jura, Freiburg und anderen Kantonen angereist, um in der Hauptstadt Respekt, Würde und Aufenthaltsbewilligungen für alle zu fordern.

Unser Solinetz Zürich hat diese Demonstration auch insofern unterstützt, als dass wir die Reisekosten für die Geflüchteten mitfinanziert haben.

Einige Flüchtlinge, die in Bern waren, kamen sehr verstört, verletzt und wütend zurück. Obwohl die Demonstration nicht bewilligt war, haben sie nie mit einem solch gewalttätigen Einsatz der Polizei gerechnet. Der Vorstand des Solinetzes Zürich hält den Einsatz von Pfefferspray und insbesondere Wasserwerfern und Gummischrot, der zu einigen Verletzten geführt hat, für unverhältnismässig. Gerade auch Kinder waren betroffen und leiden unter den Folgen dieses Einsatzes. (Lesen Sie dazu bitte die angehängten Reflexionen einer Betroffenen).

Zudem fragen wir uns, ob der gewalttätige Einsatz der Polizei auch damit zu tun gehabt hat, dass hier Flüchtlinge demonstriert haben. Gegenüber den Schweizer Demonstrierenden auf dem Bundesplatz hat sich die Polizei viel länger kulant gezeigt und auf Wasserwerfer und Gummischrot verzichtet.

Wir bitten Sie sehr, bei einer zukünftigen Demonstration gewaltfreie und deeskalierende Mittel zwecks Erfüllung Ihres Auftrags zu verwenden.

Séverine Vitali, Präsidentin Solinetz Zürich
svitali@bluewin.ch, 079 254 36 71

Kopie an: Alec von Graffenried, Stadtpräsident
Barbara Nyffeler, Präsidentin des Stadtparlaments

Reflexion nach der Demonstration gegen Isolation

*Annika Becker**

Ich habe lange darüber nachgedacht, ob ich meine Gedanken nach der Demonstration von abgewiesenen Asylsuchenden am 22. September aufschreiben soll.

Wie andere Teilnehmerinnen dieser friedlichen Demonstration erlebte ich physischen Angriffen und die unverhältnismässige Wut der Berner Polizei und die anschliessende Deprimierung. Der Staat hat erneut gezeigt, dass die Geflüchtete – nichtweisse Menschen aus Drittländern, quasi Menschen der dritten Klasse sind. In diesem Fall spielte es keine Rolle, ob es sich bei den Demonstranten um Kinder, schwangere Frauen oder Behinderte handelte. Sowohl Kinder als auch behinderte Menschen litten unter dem Tränengas, und auch schwangere Frauen wurden durch Gummischrot verletzt.

Wenn man mit dem System nicht einverstanden ist, hat man die Idee, dass man ihre Meinung in Mitteleuropa friedlich äussern könnte – lässt man sich enttäuschen. Schlimm daran ist, dass die Polizei in ihrem brutalen Einsatz den Anweisungen von oben folgt. Die Nothilfe, die 2009 eingeführt wurde, die die Isolation von Einzelpersonen und Familien in kollektiven Zentren unter der wachsamen Kontrolle der Privatfirma ORS impliziert, ist repressiv und richtet sich an Menschen, die die Schweiz verzweifelt verlassen müssen.

Geflüchtete Aktivisten, die versuchen, für ihre Rechte zu demonstrieren, könnten sich einer ganzen Reihe von Verfolgungen durch die Behörden "erfreuen". Geflüchtete Protestierende von der Demonstration könnten nicht einmal eine Beschwerde gegen Polizeigewalt einreichen, ohne keine Repressalien zu erhalten. Aktivität und Uneinigkeit mit der vorherrschenden Meinung der rechten Parteien werden bestraft und werden in der Tat zu einem Privileg.

Ich hätte mir gewünscht, dem wegen des Tränengas weinenden Jungen zu versichern, dass der Kampf seiner schwangeren schwarzen Mutter um ihre Rechte nicht vergessen wird. Ich würde ihm sagen, dass er, wann er gross wird, diese Demonstration wie einen bösen Traum vergessen wird, und dass es keine Diskriminierung geben wird. Ich wollte sagen – morgen wird alles gut. Das kann ich aber nicht. Ich kann sogar diesen Text nicht selbst unter meinem eigenen Namen schreiben. Weil Aktivismus strafbar sein könnte, weil es Konsequenzen geben könnte.

Und ich frage mich immer wieder, warum alles so passiert – warum muss ich im 21. Jahrhundert in einem Staat, der stolz auf seine humanitären Traditionen ist, meinen Namen verstecken, wenn ich diese Zeilen schreibe?

Warum haben Geflüchtete Personen kein Recht, gegen die Isolation zu protestieren und bessere Bedingungen zu fordern? Und wenn sie protestieren, müssen sie mit Gummischrot, Wasser aus einem Wasserwerfer oder Tränengas und Pfefferspray beschossen werden? Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Die Gewalt der Polizei bei der Demonstration am 22. September hat Konsequenzen. Wenn wir schweigen, Medien schweigen, stimmen wir Alle der stillschweigend zu, und unsere stillschweigende Zustimmung unterstützt und gibt den Machthabern Nahrung

und Hoffnung, mit denen solche Aktionen der Polizei in Zukunft auch weitergemacht werden können.

Ist das die Zukunft, die wir wollen? Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der diese Kinder von der Demonstration offen über Probleme oder Proteste diskutieren können. In der meine Schwestern und Brüder, die jetzt in den Asylcamps leben, unter uns leben und arbeiten würden. Damit wir nie wieder über staatliche Repressionen und die Racial Profiling der Polizei schreiben müssen. Damit ich mich nicht mehr unter einem Pseudonym verstecken muss...

**Name geändert*